

Hessischer Landtag · 20. Wahlperiode · 144. Sitzung · 21. September 2023
Rede Rolf Kahnt Antrag Aktuelle Stunde Fraktion der Freien Demokraten
Zulassungszahlen belegen: Das Auto ist bei jungen hessischen Menschen beliebt wie nie. Politik gegen das Auto beenden. Mobilität ist Freiheit! – Drucks. 20/11577 –

[Zulassungszahlen belegen: Auto bei jungen hess. Menschen beliebt - 21.09.2023 - 144. Plenarsitzung - YouTube](#)

Hochverehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Vorwurf, Politik gegen das Auto zu beenden, gibt Gelegenheit zur Klarstellung. Immanent wird mit ihm eine schädliche Verkehrsexpansion gutgeheißen. Der Anspruch „Mobilität ist Freiheit“ erinnert an vorgestern. Wer es noch nicht bemerkt hat: Die große Mehrheit hat sich längst von der sogenannten „Freiheit für freie Bürger“ losgesagt. FDP, Jammern hilft nicht. Es müssen Antworten her, wie die Mobilität in Zukunft aussehen muss, wie wir zukünftig leben wollen.

Das Auto wird weiter Zukunft haben, gleichwohl müssen zukünftig die Belange von Menschen im Mittelpunkt stehen und nicht die der Autos. Dabei geht es um praktische Vernunft und nicht um Ideologie. Ziel ist eine Mobilitätspolitik, die absichtsvoll zu Verhaltensänderungen führt, bei der alle Verkehrsteilnehmer gemeinschaftlich betrachtet und nicht gegeneinander ausgespielt werden – schon gar nicht zulasten der Schwächsten.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Sie fahren doch auch Auto!)

Was also liegt näher, als die Dominanz von Autos im öffentlichen, noch dazu ungerecht verteilten öffentlichen Raum im doppelten Wortsinn abzubauen? Zumal er ausnahmslos allen gehört. Es grenzt an Wahnsinn: Parkende Autos beanspruchen den meisten Platz bei einer durchschnittlichen Standzeit von etwa 23 Stunden.

(Jan Schalauske (DIE LINKE): So ist es!)

Anzustreben sind mehr sichere Geh- und Radwege, mehr Grünflächen und Spielplätze – kurzum: Mensch geht vor Verkehr. Ja, Bewegungsfreiheit ist ein zentraler Teil von Freiheit. Doch wo beginnt Freiheit, wo hört sie auf? Das Grundgesetz sichert das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, soweit es nicht die Rechte anderer verletzt. In Konsequenz heißt das, gleichwertige Mobilitätsrechte müssen auch dem benachteiligten Fuß- und Radverkehr zugestanden werden. Noch dazu, weil nur er Klimaziele nachhaltig erfüllt. Belastete Innenstädte sind daher vorrangig aufgefordert, für mehr Bewegungs- und Aufenthaltsqualität für Kinder, Jugendliche und Erwachsene zu sorgen, möglichst bei Reduzierung von motorisiertem Individualverkehr mit all seinen ökologischen Nachteilen. Kommunale Maßnahmen sowie eine Stadt- und Verkehrsentwicklung müssen sich offensiv am gegenwärtigen spürbar

veränderten Mobilitätsverhalten von Heranwachsenden und Eltern orientieren, die bewusst auf das Auto verzichten. Notwendig ist politischer Wille für autofreie Fuß- und Radwege, Fußgängerzonen, autoarme Quartiere, Carsharing-Angebote und für Innenstadtbereiche mit zunehmenden motorisierten Individualverkehr, auch die Erhebung einer City-Maut.

Vizepräsidentin Karin Müller: Herr Abg. Kahnt, Sie müssten zum Schluss kommen.

Ich komme zum letzten Satz. – Das und der Ausbau des ÖPNV als attraktivere Alternative müssen es uns wert sein, jetzt für den Mehrwert einer nachhaltigeren Lebensqualität, der allen Menschen zukommt, zu streiten. Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall CDU)